

MDL-NEWSLETTER

6/2025

BERND KRÜCKEL MDL

Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selfkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL

Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg



100 Jahre DLRG in NRW

Anlässlich des Jubiläums kamen Vertreter der Deutschen Lebens-
Rettungs-Gesellschaft zum Parlamentarischen Abend und zur
Podiumsdiskussion im Landtag.

PRAKTIKA

Justiz öffnet Türen für junge Menschen

Die Justiz in Nordrhein-Westfalen benötigt qualifizierten Nachwuchs. Mit einem Antrag im Landtag sorgen CDU und Grüne nun dafür, dass mehr und bessere Praktikumsplätze in Gerichten, Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug entstehen. Praktika sind oft der erste Schritt in einen erfolgreichen Beruf und geben jungen Menschen Orientierung und Einblicke in spannende Tätigkeitsfelder.

Das neue Konzept sieht vor, den Zugang zu Praktikumsplätzen deutlich zu erleichtern. Schulpartnerschaften und Besuchsprogramme werden ausgebaut, die Zusammenarbeit mit weiterführenden Schulen aller Schulformen wird verbessert. Zudem entstehen

standardisierte Praktikumsprogramme, die jungen Menschen einen strukturierten Einblick ermöglichen. Auch für Schülerinnen und Schüler aus dem Kreis Heinsberg bedeutet dies künftig bessere Chancen, frühzeitig die vielfältigen Berufsfelder vom Justizvollzug bis zur Rechtspflege kennenzulernen.

Mit dieser Initiative stärken wir nicht nur die Bildungsgerechtigkeit, sondern sichern langfristig



die Leistungsfähigkeit unseres Rechtsstaats. Denn nur mit gut ausgebildetem Personal kann die Justiz ihre wichtigen Aufgaben auch in Zukunft erfüllen. Die Förderung junger Talente ist dabei ein wichtiger Baustein. ■

Thomas Schnelle



Bernd Krückel MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de

W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de

W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 43. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemalt.

KLAUSURTAGUNG

Fraktion setzt auf Wirtschaft, Sicherheit und solide Finanzen

Bei unserer zweitägigen Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion im Oktober in Kamp-Lintfort stand eine zentrale Frage im Mittelpunkt: Wie machen wir Nordrhein-Westfalen wieder zum Motor für Wachstum und Wohlstand? Die Antwort der Fraktion ist klar: durch solide Haushaltspolitik, konsequenten Bürokratieabbau und verlässliche Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Kommunen.

Ministerpräsident Hendrik Wüst berichtete über die Fortschritte der Landesregierung und machte deutlich, dass Nordrhein-Westfalen liefern muss, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Taten statt Ankündigungen – nach diesem Prinzip arbeitet die Koalition daran, das größte Bundesland wieder auf Erfolgskurs zu bringen. Ein besonderer Höhepunkt war der Vortrag von Bundesminister Dr. Karsten Wildberger, der eindrücklich darlegte, wie Digitalisierung und Staatsmodernisierung Hand in Hand gehen müssen, um Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen.

Kernstück der Klausurtagung war die Verabschiedung eines umfassenden Reformpapiers unter dem Motto „Nordrhein-Westfalen gestalten: modern, sicher und gerecht“. Das Papier bündelt die Schwerpunkte der Fraktionsarbeit für die kommenden Monate und

zeigt konkrete Wege auf, wie das Land wieder nach vorn gebracht werden kann. Im Zentrum stehen drei große Bereiche: Erstens die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Wirtschaft durch konsequenten Bürokratieabbau, beschleunigte Planungsverfahren und den Ausbau digitaler wie klassischer Infrastruktur. Zweitens ein umfassendes Update für die Sicherheit mit dem größten Sicherheitspaket der Landesgeschichte, der Stärkung von Polizei und Katastrophenschutz sowie neuen Maßnahmen in der Cybersicherheit. Drittens die Sicherstellung der Daseinsvorsorge durch die Krankenhausreform, Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung sowie Rekordzuwendungen an die Kommunen.

Prof. Moritz Schularick vom Kiel Institut für Weltwirtschaft lieferte wichtige Impulse zur wirtschaftlichen Lage und machte deutlich, dass Nordrhein-Westfalen als In-

dustriestandort nur mit modernen Rahmenbedingungen zukunftsfähig bleibt. Erich Gussen, Präsident des Rheinischen Landwirtschaftsverbands, verdeutlichte die Herausforderungen für die Landwirtschaft in der Region. Mit Anja Weber vom DGB NRW diskutierte die Fraktion über Perspektiven für Arbeit und Gesellschaft, während Patrick Schlüter von der Polizei-Gewerkschaft GdP zur Sicherheitslage und zur Situation der Polizei Stellung bezog.

Im Haushalts- und Finanzausschuss wird in den kommenden Monaten intensiv am Landeshaushalt gearbeitet. Dabei gilt es, Prioritäten zu setzen: Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Sicherheit bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung. Die Fraktion hat die Weichen gestellt, um Nordrhein-Westfalen modern, sicher und gerecht zu gestalten – mit soliden Finanzen als Fundament für die Zukunft. ■ Bernd Krückel

Klausurtagung
der CDU-Land-
tagsfraktion in
Kamp-Lintfort.



KIBIZ-REFORM

Mehr Verlässlichkeit und Stabilität in der Kinderbetreuung

Ende September hat die Landesregierung die Eckpunkte für eine umfassende Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) beschlossen. Wir wissen, wie wichtig eine verlässliche Bildungsinfrastruktur für alle ist. Vorab möchte ich feststellen, dass allein das Wohl und die Chancen der Kinder es wert sind, die größtmöglichen Anstrengungen zu unternehmen.

Die nun beschlossenen Eckpunkte der KiBiz-Reform ruhen auf vier Säulen. Das Land stellt ab August 2027 jährlich zusätzlich 200 Millionen Euro für die Grundfinanzierung bereit, also die Mittel, die jede KiTa für ein betreutes Kind erhält, und schafft damit dauerhafte Planungssicherheit. Weitere 1,5 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur hält das Land für Investitionen bereit. Eine Personaloffensive mit mindestens 50 Millionen Euro jährlich soll mehr Fachkräfte für das System gewinnen. Dazu kommen umfangreiche Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Flexibilisierung, die Trägern und Kommunen den Alltag erleichtern sollen.

Die Unsicherheit über Öffnungszeiten und Personalsituation soll ein Ende finden. Prüfverfahren werden gestrafft, Dokumentationspflichten reduziert. Die praxisintegrierte Ausbildung für Kinderpfleger wird ins KiBiz integriert, die



© CDU-Landtagsfraktion NRW / Ralph Sondernann [A]

Fördersätze für Erzieherausbildung erhöht. All das sind Bausteine, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, der auch bei uns im Kreis Heinsberg spürbar ist.

Aber nicht nur Kinder, Eltern oder das Fachpersonal profitieren direkt von einer guten Steuerung, auch die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen können gemessen werden: Nicht alle staatlichen Ausgaben sind gleich wirksam, das ist selbstverständlich. Während etwa Rüstungsausgaben volkswirtschaftlich betrachtet nur einen Multiplikator zwischen 0,5 und 1 erreichen – jeder investierte Euro erzeugt also mindestens 50 Cent zusätzliche Wertschöpfung –, sieht die Rechnung bei Bildungsinvestitionen ganz anders aus. Jeder Euro, der

in frühkindliche Bildung fließt, erwirtschaftet einen volkswirtschaftlichen Nutzen von rund 2,70 Euro. Es handelt sich somit um echte Zukunftsinvestitionen, die die Produktivität unserer Gesellschaft dauerhaft steigern. Höhere Bildungsabschlüsse, bessere Gesundheit, geringere Sozialkosten und stärkere wirtschaftliche Teilhabe zahlen sich über Jahrzehnte aus.

Diese Reform ist daher weit mehr als ein sozialpolitisches Programm. Sie ist eine Investition in wirtschaftliche Stabilität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Chancengerechtigkeit. Sie schafft die Voraussetzungen dafür, dass alle Kinder in NRW und im Kreis Heinsberg die bestmöglichen Startchancen bekommen. ■

Bernd Krückel

WAHLALTER 16

Forderung aus dem Koalitionsvertrag wird umgesetzt

Ende September hat der nordrhein-westfälische Landtag einen Schritt in Richtung politischer Teilhabe junger Menschen unternommen. Mit breiter Mehrheit brachten CDU, SPD, Grüne und FDP einen Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung ein, der das Wahlalter bei Landtagswahlen von 18 auf 16 Jahre absenken soll. Für die nächste Landtagswahl 2027 könnten damit rund 298 000 zusätzliche junge Bürgerinnen und Bürger erstmals ihre Stimme abgeben.

Bei Europa- und Kommunalwahlen dürfen Sechzehnjährige bereits wählen. Dass ausgerechnet bei Landtagswahlen, wo auch über Bildungspolitik, Strukturwandel und die Zukunft ihrer Heimatregion entschieden wird, ihre Stimme bislang nicht zählte, wird nun korrigiert.

Für die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit zur Verfassungsänderung ist die breite überparteiliche Unterstützung entscheidend. Dass jetzt alle demokratischen Parteien an einem Strang ziehen, ist ein ermutigendes Signal für demokratische Erneuerung.

Die Absenkung des Wahlalters ist auch eine Antwort auf den demografischen Wandel. Während der Anteil älterer Wahlberechtigter zunimmt, schrumpft der Anteil junger Menschen an der Wahlbevöl-



NRW-Innenminister Herbert Reul.

kerung. Eine zukunftsfähige Gesellschaft muss jenen eine Stimme geben, die am längsten mit den Folgen heutiger Entscheidungen leben werden. Gerade in Fragen des Strukturwandels, der Energiepolitik oder der Bildungsfinanzierung haben junge Menschen ein legitimes Interesse an Mitsprache. Die Verfassungsänderung ist somit ein Bekenntnis zur politischen Teilhabe der jungen Generation und zur Erneuerungsfähigkeit unserer Demokratie.

Bei zahlreichen Landtagsbesuchen von Schülerinnen und Schülern habe ich erlebt, dass junge Menschen zunehmend auf politische Teilhabe, gerade bei Wahlen, drängen. Es liegt an uns, dass wir für junge Menschen im Alter von 16 bis 18 Jahren Ansprechpartner sind und wählbar werden und bleiben. ■ Bernd Krückel

PHOTOVOLTAIK

Neue Förderungen für Solarenergie stärkt Unternehmen

Das Land Nordrhein-Westfalen setzt seine Photovoltaik-Offensive fort und öffnet erneut die Förderung für Freiflächenanlagen. Bis Jahresende stehen dafür rund zehn Millionen Euro bereit. Besonders für Unternehmen bietet diese Förderung attraktive Möglichkeiten, die Strombezugskosten deutlich zu senken und mehr Planungssicherheit bei den Energiekosten zu gewinnen. In den vergangenen zwei Jahren ist die installierte Leistung aus Freiflächen-Photovoltaik in

Nordrhein-Westfalen um etwa 60 % gestiegen. Derzeit sind mehr als 1300 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 880 Megawatt in Betrieb. Das ist ungefähr die Leistung eines AKW-Reaktorblocks.

Die Förderquoten des Programms sind gestaffelt: Agri-Photovoltaik und Floating-Anlagen werden mit bis zu 25 % bezuschusst, klassische Freiflächen-Anlagen erhalten bis zu 20 %. Zusätzlich werden Beratungsleistungen mit bis zu 70 % gefördert.

Gerade im ländlichen Raum können Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe von dieser Förderung profitieren. Freiflächen-Photovoltaik ist aktuell die günstigste Stromerzeugungsart in Deutschland und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft. Bis 2030 soll die installierte Leistung landesweit mehr als verdoppelt werden. Mit gezielter Förderung unterstützt die Landesregierung diesen Schritt zur Energiewende. ■ Bernd Krückel

WISSENSPLATTFORM

Digitales Bauen für effizientere Kommunen

Das Land Nordrhein-Westfalen hat Anfang Oktober eine neue Wissensplattform für digitales Planen und Bauen gestartet: www.bauportal.nrw/bim-wissen/bim-is-win. Unter der Bezeichnung „Building Information Modeling“ (BIM) werden dabei dreidimensionale digitale Abbilder realer Gebäude erstellt.

Alle technischen Informationen zum Gebäude sind damit in Sekunden mit einem Tablet abrufbar. Reparaturen und Wartungen kön-

nen dadurch viel schneller durchgeführt werden.

Die neue Plattform soll nordrhein-westfälische Kommunen praxisnah und niedrigschwellig dabei unterstützen, diese Methode einzuführen und anzuwenden. Herzstück sind interaktive Anwendungen, mit denen Nutzerinnen und Nutzer ihren Wissensstand gezielt einschätzen und verbessern können. Von den Grundlagen über Praxisbeispiele bis zum vertieften Wissen finden Kommunen gebün-

deltes Wissen auf einer zentralen Plattform.

Richtig eingesetzt ermöglicht die Methode, dass Bauprojekte schneller, kostengünstiger und nachhaltiger umgesetzt werden. So kann mehr bezahlbarer Wohnungsbau geschaffen und der Bestand fachgerecht saniert werden. Gerade in Zeiten herausfordernder Kommunal- und Landesfinanzen sind solche Effizienzgewinne von großer Bedeutung. ■

Bernd Krückel

AKTUELLE STUNDE

Asylverfahren werden schneller Spezialisierung und mehr Richter

Wer Ordnung und Steuerung in der Migrationspolitik ernst meint, muss dafür sorgen, dass Asylverfahren zügig abgeschlossen werden. NRW liefert: Die Landesregierung hat im vergangenen Herbst eine grundlegende Neuorganisation der verwaltungsgerichtlichen Zuständigkeiten auf den Weg gebracht – mit beachtlichem Erfolg: Die durchschnittliche Verfahrensdauer bei Asylklagen konnte innerhalb eines Jahres von über 16 Monaten auf gut 12 Monate reduziert werden. In den neu eingerichteten spezialisierten Asylkammern, die ausschließlich neue Verfahren bearbeiten, liegt die Bearbeitungszeit sogar bei nur zwei bis drei Monaten. Das bedeutet: Betroffene erhalten zeitnah Klarheit über ihre Bleibeperspektive, und der Bear-

beitungsstau bei Altverfahren löst sich Schritt für Schritt auf. Die Herkunftstaaten von Asylsuchenden wurden in geografische Cluster eingeteilt und auf die sieben Verwaltungsgerichte im Land verteilt. Dadurch können sich die Richterinnen und Richter auf bestimmte Regionen spezialisieren und Verfahren fundierter und schneller bearbeiten. Gleichzeitig wurden die Verwaltungsgerichte personell verstärkt. Insgesamt gibt es mittlerweile sechs Kammern, die sich ausschließlich mit Asylfragen befassen. Für das kommende Jahr sind fünf weitere Spruchkörper geplant.

Wenn früher Klarheit darüber herrscht, wer bleiben darf und wer ausreisepflichtig ist, können die örtlichen Behörden ihre Arbeit

besser planen und Ressourcen gezielter einsetzen. Die Beschleunigung hilft auch den Menschen, die auf eine Entscheidung warten – sie können schneller mit der Integration beginnen oder wissen, dass sie Deutschland verlassen müssen. Beides ist wichtig für eine geordnete Migrationspolitik.

NRW ist bundesweit das Land mit den meisten Rückführungen. Dieser Kurs wird konsequent fortgesetzt. Schnelle Gerichtsverfahren sind dabei ein zentraler Baustein, denn nur wenn rechtssichere Entscheidungen zügig vorliegen, kann der Staat handeln. Die Landesregierung hat gezeigt, dass sie Ankündigungen Taten folgen lässt – in der Justiz wie in der gesamten Sicherheitspolitik. ■

Thomas Schnelle

Schlagkräftig gegen Umweltkriminalität

Seit gut zwei Jahren arbeitet die Zentralstelle für die Verfolgung der Umweltkriminalität in NRW mit beeindruckendem Erfolg. Die von der Landesregierung eingerichtete Behörde in Dortmund hat sich bereits zu einer der führenden Institutionen Europas in diesem Bereich entwickelt. Mit gebündelter juristischer, technischer und naturwissenschaftlicher Expertise gehen spezialisiert

Staatsanwälte gegen organisierte Umweltkriminalität vor. Die Erfolge können sich sehen lassen. Zuletzt wurde ein groß angelegter Einsatz gegen ein kriminelles Netzwerk durchgeführt, das tonnenweise belastete Böden illegal entsorgt haben soll. Solche Fälle treffen nicht nur die Umwelt, sondern auch die vielen rechtschaffenen Unternehmen, die sich an Gesetze halten und dadurch im Wett-

bewerb benachteiligt werden. Die Zentralstelle zeigt, dass Nordrhein-Westfalen Null Toleranz gegenüber organisierter Kriminalität walten lässt. Umwelt- und Ressourcenschutz sind keine Nebenschauplätze, sondern Kernaufgaben eines modernen Rechtsstaats. Mit der notwendigen Entschlossenheit und Zusammenarbeit setzen wir bundesweit Maßstäbe. ■

Thomas Schnelle

VERTEIDIGUNG

NRW übernimmt Schlüsselrolle beim Bundeswehrausbau

Die Bundeswehr steht vor einem personellen Aufwuchs, hauptsächlich durch die Pläne für einen neuen Wehrdienst, der zu einer Wehrpflicht ausgeweitet werden kann, wenn sich nicht genügend Freiwillige finden. Dafür braucht es schnell neue Infrastruktur. Nordrhein-Westfalen übernimmt dabei eine zentrale Rolle: Die Bundesbauverwaltung unseres Landes koordiniert die Vergabe für einen Großauftrag, mit dem ab kommendem Jahr bundesweit rund 270 neue Gebäude entstehen sollen.

Die Dringlichkeit dieses Vorhabens wird deutlich, wenn man die Ausgangslage betrachtet. Der geplante Personalaufwuchs um bis zu 80 000 aktive Soldatinnen und Soldaten erfordert entsprechende

Unterbringungskapazitäten. Doch die Ausgangslage ist herausfordernd: Etwa 60 % der bestehenden Liegenschaften stammen aus der Vor-Wende-Zeit, teils noch aus den 1950er bis 1970er-Jahren. Truppenunterkünfte mit Schimmelproblemen, veraltete Kfz-Hallen und Munitionslager, die heutigen Sicherheitsanforderungen nicht mehr entsprechen, prägen vielerorts das Bild. Tausende offene Sanierungsmaßnahmen warten auf ihre Umsetzung.

Daher soll jetzt mit einer standardisierten Containerbauweise, die bisher für Feldlager im Auslandseinsatz genutzt wurde, auch im Inland für unsere neuen Rekrutinnen und Rekruten gebaut werden. Die geplante Nutzungsdauer dieser Unterbringungen soll mindes-

tens 25 Jahre betragen. Jede der über 100 geplanten Einrichtungen bietet auf etwa 3100 Quadratmetern Unterkunft für bis zu 240 Rekrutinnen und Rekruten sowie die erforderlichen Ausbildungs- und Lagerräume. Die Viermannzimmer haben eine Raumgröße von 35 Quadratmetern.

Das Projekt ist trotz der für die schnelle und kurzfristige Unterbringung vorgesehenen Container ambitioniert. Von der Vorbereitung über die Vergabe bis zur Planung sind etwa 15 Monate vorgesehen, die Bauphase selbst soll nur sechs Monate dauern. Möglich wird dies durch modulare Bauweise und feste Rahmenvereinbarungen. Das bewährte Konzept aus Auslandseinsätzen wird nun auf das Inland übertragen.

Als Partner der Zeitenwende steht Nordrhein-Westfalen fest an der Seite der Bundeswehr und unserer künftigen Rekruten oder Rekrutinnen, ob freiwillig oder wehrpflichtig. So wird unser Staat handlungs- und leistungsfähig für künftige Herausforderungen. ■

Thomas Schnelle



Vergleichbare G-Cap-Unterkunft in Litauen.

NRW VERTEIDIGUNG

Drohnen an unserer Grenze Reale Bedrohung statt Scheindeba-

In der Nacht zum 3. Oktober wurden über dem belgischen Militärstützpunkt Elsenborn, direkt an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen, mehr als ein Dutzend Drohnen gesichtet. Die Polizei Düren beobachtete die Flugobjekte beim Eindringen in den deutschen Luftraum. Aus dem Krieg in der Ukraine wissen wir, dass kleine, handelsübliche Drohnen, bestückt mit Sprengladungen, zum modernen Kriegsgerät gehören. Selbst schwere russische Panzer konnten durch den Einsatz solcher Drohnen gesprengt werden. Und so eine Drohne kostet in der Herstellung kaum 1.000 Euro.

Diese potenzielle Gefahrenlage gab uns als CDU-Fraktion Anlass, eine Aktuelle Stunde im Landtag zu beantragen, um das Thema ausführlich zu debattieren. Als Industrieland mit Chemieparken, Kraftwerken und Verkehrsknotenpunkten ist Nordrhein-Westfalen besonders exponiert. Doch während wir über den Schutz kritischer Infrastruktur diskutierten, nutzte die FDP die Gelegenheit für eine Scheindebatte: Sie forderte ein neues Drohnengesetz zum angeblichen Schutz vor Drohneneinsätzen unserer eigenen Behörden.

Die Argumentation wirkt konstruiert. Als Beispiel diente ein Fall aus Bayern, bei dem eine geplante Drohnenbefliegung durch ein Ver-

waltungsgericht gestoppt wurde, bevor überhaupt ein Bild gemacht werden konnte. Das System funktionierte also. Dennoch stellte die FDP über 40 Fragen zum Datenschutz, deren Antworten bereits in der geltenden Datenschutzgrundverordnung zu finden sind.

Besonders problematisch ist das Misstrauen unseren Behörden gegenüber, Rettungskräften und ehrenamtlichen Helfern im Katastrophenschutz. Aus meiner Erfahrung bei der Polizei, den Feuerwehren und im Katastrophenschutz kenne ich den Wert von Drohnen als modernes Einsatzmittel bei Hochwasserüberwachung, Vermisstensuche und Dokumentation von Großschadenslagen. Drohnen schützen uns, wenn sie richtig eingesetzt werden.

Die gesetzlichen Grundlagen sind bereits vorhanden. Die Datenschutzgrundverordnung gilt unmittelbar, das Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen regelt die Datenverarbeitung durch Behörden. Für Polizei und Katastrophenschutz existieren spezielle Rege-

lungen mit strengen Voraussetzungen. Ein weiteres Gesetz würde lediglich mehr Bürokratie bedeuten. Was wir wirklich benötigen, ist eine effektive Drohnenabwehr zum Schutz unserer kritischen Infrastruktur.

Mittlerweile wurde auf Bundesebene gehandelt: Das Bundeskabinett hat einen Entwurf für ein neues Bundespolizeigesetz beschlossen, das der Bundespolizei erstmals klare Befugnisse zur Drohnenabwehr gibt. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt kündigte zudem an, noch in diesem Jahr eine Drohnenabwehereinheit bei der Bundespolizei einzurichten und ein Drohnenabwehrezentrum von Bund und Ländern in Betrieb zu nehmen.

Auch Innenminister Herbert Reul betonte in der Debatte, dass Nordrhein-Westfalen bei kommerziellen Drohnen bereits gut aufgestellt sei, die großen militärischen Drohnen jedoch eine neue Herausforderung darstellten, die eine enge Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Bundeswehr erfordere. Wir müssen feindliche Drohnen erkennen und abwehren können und gleichzeitig unsere Rettungskräfte bei den sinnvollen Einsatzmöglichkeiten dieser Technologie unterstützen. Beides ist möglich, beides ist nötig. ■

Thomas Schnelle

PODIUMSDISKUSSION

DRLG-Jubiläum am Rande des Plenums

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen feierte kürzlich ihr 100-jähriges Bestehen mit einem parlamentarischen Abend im Landtag. Als Ansprechpartner der CDU-Fraktion für Feuerwehr und Katastrophenschutz nahm ich an der Podiumsdiskussion teil und diskutierte über die Herausforderungen im Katastrophenschutz.

Die DLRG ist ein unverzichtbarer Partner für die Sicherheit von uns allen. Der DLRG-Bezirk Kreis Heinsberg stellt mit seinem Tauchtrupp beispielsweise fünf Einsatzkräfte für den Wasserrettungszug der Bezirksregierung Köln. Bei Starkregen und Hochwasser kommen diese Spezialkräfte deutschlandweit zum Einsatz – eine Expertise, die in Zeiten des Klimawandels immer wichtiger wird.

Die Verbindung von Schwimmbildung, Wasserrettung und Katastrophenschutz macht die DLRG zu einem unverzichtbaren Baustein unserer Sicherheitsarchitektur. In der Diskussion wurde deutlich: Die DLRG benötigt weiterhin starke politische Unterstützung, um ihre wichtige Arbeit für die Bürger in Nordrhein-Westfalen fortzusetzen. Mit der derzeitigen Ausarbeitung der Novelle des BHKG wollen wir diese Unterstützung bieten. ■ Thomas Schnelle



Auf der Podiumsdiskussion wurde über die Herausforderungen im Katastrophenschutz gesprochen.